

Blauer Brief und weiße Weste - Die kleinen Länder sollten zurückhaltend sein mit ihrer Kritik an der Haushaltspolitik der großen

von

Heiner Flassbeck

Financial Times Deutschland, 25. Februar 2002

Der blaue Brief ist ausgestanden, die grundlegende Problematik der öffentlichen Defizite einzelner Länder in einer Währungsunion nicht. Nichts konnte besser als das Hickhack um den blauen Brief für Deutschland zeigen, wie unsinnig die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für einzelne Länder sind und wie absurd die Rollenverteilung bei Anklage und Verteidigung eines "bösen Buben" ist.

Zunächst ist es mehr als erstaunlich, daß sich die europäische Zentralbank, die in allen übrigen Fragen - zu Recht - peinlich genau darauf achtet, nicht Stellung zu den Vorgängen in einzelnen Ländern zu nehmen, hier kein Blatt vor den Mund nimmt und die strikte Einhaltung des Vertrages von der Bundesrepublik fordert. Das öffentliche Defizit in Deutschland aber ist für die europäische Zentralbank ebensowenig interessant und relevant wie es früher das Defizit Nordrhein-Westfalens für die Bundesbank war. Entscheidend für die Bewältigung ihrer Aufgabe ist, wenn überhaupt, allein das Defizit in der gesamten Union. Das aber liegt mit wenig über ein Prozent in einer konjunkturellen Schwächephase weit unterhalb dessen, was eine Zentralbank zu monieren hätte.

Das geringe Defizit in der Union resultiert aus einer sehr ungleichen Verteilung von Defiziten und Überschüssen. Betrachtet man die "Guten" und die "Bösen", fällt auf, daß die Kleinen tendenziell die Guten und die Großen, Deutschland, Frankreich und Italien, eher die Bösen sind. Würde sich die Europäische Kommission nicht nur als juristischer Hüter der Verträge verstehen, sondern eine sinnvolle ökonomischen Interpretation der tatsächlichen Entwicklungen vornehmen, wäre ihr aufgefallen, daß das nicht zufällig so ist. Bei den "guten Kleinen" gibt es drei Varianten erfolgreicher Konsolidierungspolitik, die im Detail hinsichtlich ihrer europäischen Verträglichkeit analysiert werden müßten, bevor man zur Verurteilung der Großen schreitet.

Da gibt es die Nischensucher, wie Spanien, Irland und Luxemburg, die ihre Mitgliedschaft nutzen, um den übrigen Europäern durch besonders hohe Subventionen oder attraktive Standortbedingungen ein wenig mehr von dem Kuchen abzujagen, als ihnen bei völlig gleichen Voraussetzungen zustehen würde. Das funktioniert, weil die Länder klein sind und die Schmerzen der Großen folglich erträglich bleiben. Daneben gibt es die Variante, über einen extrem günstigen Wechselkurs oder eine bewußte Unterbewertungsstrategie via niedrigere Löhne bei festem Wechselkurs Marktanteile erobern und Überschüsse in der Leistungsbilanz aufzubauen, die man einem großen Land niemals durchgehen lassen würde. Das Modell dazu lieferten die Niederlande schon in den 80er Jahren, Belgien zog nach, Irland war auch dabei und Finnland trieb dieses Modell mit einer extrem unterbewerteten Währung auf die Spitze. Außerhalb der Währungsunion bediente sich vor allem Schweden einer massiven Unterbewertung, um am Ende gut dazustehen.

Die dritte Variante betrifft Länder, die es auf die ein oder andere Weise schafften, ähnlich wie die USA in den 90er Jahren, die private Sparquote deutlich zu senken und damit den privaten Verbrauch massiv anzukurbeln. Das gilt für Österreich, Belgien, Finnland, die Niederlande und außerhalb der Union für Dänemark, Schweden und Großbritannien. Bei kräftigem Wachstum des privaten Verbrauchs ist es natürlich leicht, die öffentliche Haushalte zu sanieren, weil die Steuereinnahmen sprudeln. Ist es aber solide, wenn ein Land praktisch keine privaten Ersparnisse mehr bildet, dafür aber einen ausgeglichenen Staatshaushalt oder sogar Überschüsse aufweist? Ist es in irgendeiner Weise besser für die Stabilitätskultur und die Geldpolitik, wenn die Wirtschaft von einem Konsumrausch getragen wird, als von öffentlichen Investitionen?

Man mag über die Antwort auf solche Fragen streiten, man muß sie aber wenigstens diskutieren, statt so zu tun, als sei jeder ganz allein auf der Welt und folglich ganz alleine für seine Fehler und Versäumnisse verantwortlich. In einer solchen Diskussion würde man z. B. darauf hinweisen müssen, daß selbstverständlich nicht alle Länder abwerten, Marktanteile gewinnen oder Leistungsbilanzüberschüsse bilden können, weil es schlicht gegen die Gesetze der Logik verstößt. Man würde auch darlegen können, daß die Folgen solchen Tuns der Kleinen für die Großen erträglich sein kann, umgekehrt die Kleinen aber zusammenbrechen würden, wenn die Großen sich so verhielten. Auch das ist eine Frage der Logik, nicht aber der Interpretation von Vertragstexten. Man müßte auch deutlich machen, was es mit dem Sparen im Allgemeinen auf sich hat: Wie es sein kann, daß Länder erblühen, die praktisch nicht mehr im Sinne des guten, weil vorsorgenden Hausvaters sparen, und andere permanent kümmern, obwohl sie scheinbar so gute Vorsorge für schlechte Zeiten betreiben. Über den Tag hinaus würde eine solche Auseinandersetzung Früchte tragen, weil mit ihr manches Vorurteil zu Grabe getragen werden müßte.

Schließlich ist der Frage nicht auszuweichen, ob es nicht ganz andere Gründe gibt, die die 3 %-Regel rechtfertigen könnten. Ist nicht jenseits gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte die Gefahr zu begrenzen, daß einzelne Länder die Solidarität der anderen ausnutzen, indem sie unter dem Dach der Währungsunion exzessive Defizite fahren, für die am Ende die anderen in irgendeiner Weise geradestehen müssen? Das ist sicher ein berechtigter Einwand. Nur, und da wird die Sache in Europa paradox, bisher ist Deutschland mit seinem extrem hohen Nettofinanzierungsanteil am EU-Haushalt so ziemlich der einzige, der für Fehler anderer gerade steht. Will Brüssel folglich Berlin mahnen, es müsse am Ende für seine eigene Unsolidität gerade stehen oder gibt es auf einmal vielleicht andere, die praktische Solidarität üben und Deutschland ein Teil seiner Last abnehmen wollen?